

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Behandlung von Bezirksratsanträgen**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Ich halte mich sehr kurz. Herr Bürgermeister, ich nehme das wieder zum Thema Behandlung von Bezirksratsanträgen, die dritte in dieser Periode. Bezirksratsanträge, ich habe schon mehrmals angeregt, Ausschüsse zu informieren auch die Inhalte weiterzutragen, ich möchte gerne wissen, das, was Sie zugesagt haben, wie weit ist es gediehen. Ich bitte um Antwort darum und vielleicht, auch wenn es nicht zulässig ist um baldige Antwort.

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die wenig zufriedenstellende Behandlung von Bezirksratsinitiativen war nicht erst jüngst wieder mediales Thema – auch im Gemeinderat habe ich diese Problematik bereits des öfters, und dies seit dem Jahr 2006, zur Sprache gebracht. Kann es doch nicht so sein, dass die vielzitierte „Bezirksdemokratie“ dann endet, wenn von Bezirksräten Anträge an die jeweils zuständigen StadtsenatsreferentInnen gestellt werden: Diese werden nämlich zum Teil überhaupt nicht, zum Teil ohne auf die Inhalte eingehend, beantwortet.

Zwar wurde mir von Ihnen, Herr Bürgermeister, aufgrund meiner Anfrage im Jahr 2006 angekündigt, in Sachen Bezirksratsanträge werde eine Datenbank aufgebaut - geschehen ist bis dato aber nichts. Und auch mein Antrag vom März des Vorjahres, zweimal pro Jahr einen Informationsbericht über die gestellten Bezirksratsanträge dem jeweiligen zuständigen Fachausschuss zur Kenntnis zu bringen, ist bislang unerledigt geblieben.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die

### **Anfrage,**

bis wann endlich – gemäß meinen Gemeinderatsinitiativen aus den Jahren 2006 und 2010 endlich sichergestellt sein wird, dass Bezirksratsanträge einer der Idee der Bezirksdemokratie entsprechenden für die mit viel Engagement tätigen Mitglieder der 17 Bezirkräte zufriedenstellenden Art und Weise behandelt werden?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **2) Zukunft des Hauses „Schloßberg 1“**

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. Mag.<sup>a</sup> Dr. **Sprachmann**: Sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Es geht um die Zukunft des Hauses Schloßberg 1. In diesem Haus Schloßberg 1 sind Gemeindewohnungen errichtet und die Bewohner von dem Haus haben nun die größten Befürchtungen, dass sie ausziehen müssen, weil nämlich dort eine Buschenschank beziehungsweise ein Gasthaus errichtet werden soll. Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die Anfrage, ob Sie bereit sind, dem Gemeinderat wie auch den BewohnerInnen des Hauses Schloßberg 1 Auskunft zu geben, welche Pläne seitens der Stadt mit diesem Objekt verfolgt werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Da gebe ich gerne eine Antwort, weil ich etwas überrascht war. Zuerst einmal, wir haben einen Schloßbergbeirat in Graz, der sich immer wieder Gedanken macht, wie es am Schloßberg und rund um den Schloßberg, welche Entwicklungen da möglich sind. Unter anderem gab es auch immer den Wunsch des Beirates, man möge einmal drüber nachdenken, wie auch der Rest der Gebäude in Zukunft einmal verwertet werden kann, es gab eine Studie dazu und ich habe mich extra bei der Frau Stadträtin Elke Kahr gemeldet, weil ich gesagt habe, es liegt in ihrem Verantwortungsbereich. Bevor ich eine solche Studie weitergebe, möchte ich gerne haben, dass sie davon Kenntnis hat, dass Überlegungen angestellt sind zu sagen, was kann man aus den üblichen Gebäuden mittel- bis langfristig auch noch tun. Aber mit der Bitte versehen, dass da keine Panik aufkommt. Ich war schon ein bisschen überrascht, dass das dann ein bisschen gleich medial zum großen Heuler und Aufreger wird. Faktum ist, zuerst einmal, es gibt von Seiten der Stadt noch keine Überlegungen und es liegt im Verantwortungsbereich von Kollegin Elke Kahr, und von ihr habe ich ja auch in Erfahrung gebracht, dass sie nicht unbedingt drüber nachdenkt, die Mieter dort nicht mehr unterzubringen. Zweitens, ich denke mir, dass es trotzdem legitim ist, mittel- bis langfristig drüber nachzudenken, ob Gebäude am Schloßberg, die der Allgemeinheit dienen, es muss nicht unbedingt die nächste Gastro-Geschichte draus werden, aber wir haben auch museumsmäßig und in anderen Bereichen noch einige Überlegungen, ob da nicht mittel- bis langfristig einmal eine Überlegung kommt, Gebäude, wie sie jetzt oben sind, auch einmal einer anderen Verwendung zuzuführen. Selbstverständlich nur unter der Bedingung, dass man das mittel- bis langfristig anlegt und auch dementsprechender moderner Wohnungersatz für Menschen auch geschaffen werden würde. Also die Diskussion drum, glaube ich, muss einmal durchaus erlaubt sein, aber die Frau Stadträtin hat relativ klar ausgesagt, dass sie nicht dran denkt, diese Mieter jetzt, wenn ich so sagen darf, da oben zu delogieren und woanders unterzubringen, und damit ist diese Diskussion aus meiner Sicht auch schon wieder hinfällig.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Wie erst jüngst in der Sonntag-Ausgabe der Kleinen Zeitung zu lesen war, machen sich die BewohnerInnen des Hauses „Schlossberg 1“, in dem sich Gemeindewohnungen befinden, betreffend die Zukunft dieses Objekts größte Sorgen. Soll es doch angeblich Überlegungen geben, das Objekt nicht mehr für Gemeindewohnungen zu verwenden, sondern stattdessen dort eine Gaststätte, die Rede ist von einer Buschenschank, zu platzieren. Mittlerweile haben sich sogar schon GrazerInnen zusammengeslossen, die mittels einer Petition für „den Erhalt der Gemeindewohnungen am Schlossberg“ auftreten, geht es doch darum, den Grazer Schlossberg nicht nur als „Gastronomie und Vergnügungsmeile“ zu sehen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister die

**A n f r a g e ,**

ob Sie bereit sind, dem Gemeinderat wie auch den BewohnerInnen des Hauses Schlossberg 1 Auskunft zu geben, welche Pläne seitens der Stadt mit diesem Objekt verfolgt werden.

**3) Weiterführung der Infrastrukturprojekte Hauptbahnhof und Südgürtel**

GRin. **Haas-Wippel** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In meiner Anfrage geht es um den Südgürtel und um den Ausbau des Hauptbahnhofes zur Nahverkehrsdrehscheibe. Gerade der Südgürtel stellt oder der Nichtbau oder die Verzögerung des Südgürtels stellt wirklich eine Lebensgefahr für die SchülerInnen des HIB Liebenau dar, wie der

Chefinspektor das auch letzte Woche in der Zeitung gesagt hat. Deshalb, sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Anfrage: Welche konkreten Schritte werden Sie als Bürgermeister der Stadt Graz unternehmen, um den Baubeginn des Südgürtel voranzutreiben und die Weiterführung des Ausbaus des Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof sicherzustellen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, auch hier eine sehr, sehr klare und deutliche Antwort meinerseits. Aufgrund der Budgetvorgaben von minus 25 % jetzt einmal aufs Erste hat der Herr Landesrat Kurzmann aus meiner Sicht einmal ein politisches Signal oder einen politischen Aufschrei gegeben, weil man selbstverständlich nicht in der Lage ist, mit minus 25 % alle Bauvorhaben in der Steiermark, die jetzt in Bau sind, wirklich zu Ende zu führen. Wie er dann auch noch mitgeteilt hat, wenigstens ist es medial so rübergekommen, dass er auch noch für das Einstellen der Baustelle am Bahnhofgürtel war, hat sich die ganze Geschichte, glaube ich, durchaus gedreht und das was er vielleicht auch vorgehabt hat mit dieser Aussage, nämlich aufzuzeigen im Vorfeld, dass er drum kämpfen wird, ist aus meiner Sicht ziemlich entglitten und alle haben gesagt, das kann ja wohl nicht ernst gemeint sein, es gibt ja auch klare Verträge. Ich habe Folgendes getan, ich habe mich betreffend dieser beiden, also der einen Baustelle und der vielleicht zukünftigen Baustelle Südgürtel, an den Herrn Landeshauptmann in einem persönlichen Gespräch gewandt, als auch an den Landeshauptmannstellvertreter und habe noch einmal betont, dass beide Bauten, das beide Straßenbauten und öffentlichen Verkehrsbauten unbedingt in der Stadt Graz zu errichten sind. Der Landeshauptmann hat auch klar gemeint, die bestehende Baustelle am Bahnhof ist vertraglich festgemacht und wird auch umgesetzt werden. Ich habe dann aber auch mit Nachdruck auf den Südgürtel verwiesen, einfach deswegen, weil es nicht nur Verkehrsprobleme gibt, nicht nur deswegen, weil auch die Bevölkerung von Puntigam, von Liebenau, aber auch, ich sage durchaus weiter herauf, Jakomini etc. so massiv davon betroffen ist, dass endlich nach Jahrzehnten

etwas passieren muss. Es würde kein Mensch mehr verstehen in dieser Stadt, wenn ein Projekt, das Jahrzehnte gedauert hat, wo Grundstückseigentümer de facto seit Jahrzehnten so etwas wie enteignet sind und nicht vor und zurück wissen, was sie mit dem Grundstück tun dürfen, dass wir dann sagen, jetzt wo die UVP endlich da ist und die Planungen fertig sind, dass man jetzt sagt, tut mir leid, es gibt jetzt gar kein Geld und da wird nichts mehr passieren. Wir haben dem Land Steiermark schon vor der Landtagswahl mit Christina Edlinger-Ploder zugesagt, dass wir auch ausnahmsweise, weil es sich um eine Bundes- und Landesbaustelle, wenn sich normalerweise um eine solche handelt, Straße, dann haben wir nicht einmal Grundstücksablösen vorzunehmen, aber nachdem das Bauwerk über 90 Millionen Euro kostet, haben wir gemeint, wir werden für die rund 20 Millionen Euro Ablöse als Stadt Graz, Grundstücksablöse, auch aufkommen, wenn das Land Steiermark die in etwa restlichen 70 Millionen aufbringt und ich habe, wie gesagt, bei beiden Hauptverantwortlichen des Landes dringend ersucht und gebeten, dass sie dieses Verkehrsprojekt, wenn irgendwie möglich, jetzt auch in die Budgets aufnehmen, ob das ein Doppelbudget wird oder nicht, ist eigentlich fast gleichgültig, es ist eine investive Maßnahme und diese würde ja über mehrere Jahre gehen, das heißt, wir brauchen so etwas wie eine Projektgenehmigung. Die gibt es auf Landesebene nicht wie bei uns in der Stadt, aber ich habe um diese finanzielle Zusage gebeten. Da müssen wir alles tun, damit beide Projekte zur Umsetzung kommen (*Applaus ÖVP*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Grazer Bevölkerung – insbesondere die BewohnerInnen der südlichen Stadtbezirke – ist gleichermaßen entsetzt wie empört, dass nach 30 Jahren diverser Versprechen und trotz positiven Umweltverträglichkeitsbescheids die Realisierung des Südgürtels von Verkehrslandesrat Gerhard Kurzmann in Frage gestellt wird.

Auch die mediale Androhung des Verkehrslandesrates, die Zuzahlungen für den Um- und Ausbau des Hauptbahnhofes zur Nahverkehrsdrehscheibe seien finanziell nicht abgesichert, löst bei den GrazerInnen großes Unverständnis und Besorgnis aus.

Nachhaltige Infrastrukturprojekte nicht zu finanzieren, geht auf Kosten von Arbeitsplätzen und zu Lasten aller GrazerInnen, eine Verzögerung des Südgürtels stellt laut des Liebenauer Chefinspektors eine Lebensgefahr für die SchülerInnen des HIB-Liebenau dar.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **Anfrage,**

welche konkreten Schritte werden Sie als Bürgermeister der Stadt Graz unternehmen, um den Baubeginn des Südgürtels voranzutreiben und die Weiterführung des Ausbaus des Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof sicherzustellen?

#### **4) Bad Straßgang – Vermehrte Reinigung des Außenbereichs in den Wintermonaten**

GR. **Sikora** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei meiner Anfrage handelt es sich um die vermehrte Reinigung des Außenbereichs des Bades Straßgang. Und zwar ist es dort so, dass in den kühlen Monaten das Straßganger Bad leider verkommt und besonders die öffentliche Fläche vor dem Bad und daher die Anfrage: Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, sich bei der Graz Holding dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Flächen vor dem Straßganger Bad auch während der betriebslosen Winterzeit regelmäßig gereinigt und von Müll, Hundekot und Laub

befreit werden? Das jetzige Erscheinungsbild ist für Gäste und Bewohner der Umgebung nicht wirklich einladend (*Applaus KPÖ*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit vergangener Woche wird nach einer Neubauzeit von 18 Monaten in der neuen Perle, der „Auster“, geplätscht. Ein Bad im Grazer Westen, das alle Stücker`In spielt, zählt es doch zu den modernsten Schwimm- und Wellnessbädern Österreichs.

Das neue Bad „Hui“, dafür das Straßganger Bad „Pfui“! Ein Naturbad mit einer Wasserfläche von 11.000m<sup>2</sup> für Schwimmer, aber auch für Anfänger- und Nichtschwimmer, mit einem Naturschotterboden, großzügigen Liegeflächen sowie einem großzügigen FKK Bereich – jedoch leider nur für den Sommerbetrieb ausgerichtet.

In den kühlen Monaten verkommt das Straßganger Bad, im Besonderen die öffentliche Fläche vor dem Bad, zu einer hässlich anzusehenden Kulisse. Laub von den Bäumen, massenhaft Müll und Hundekot zieren den Eingangsbereich zum Bad und die Frei- und Liegeflächen rund um das Bad - und das in unmittelbarer Nähe zu einem Hotel, einer großen Wohnsiedlung und einem Gasthof der gehobenen Klasse.

Dabei wäre das Straßganger Bad mit wenig Aufwand auch „wintertauglich“ zu machen, regelmäßiges Reinigen durch die Graz Holding würde da schon genügen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**A n f r a g e :**

Sind Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dazu bereit, sich bei der Graz Holding dafür einzusetzen, dass die öffentlichen Flächen vor dem Straßganger Bad auch während der betriebslosen Winterzeit regelmäßig gereinigt und von Müll, Hundekot und Laub befreit werden? Das jetzige Erscheinungsbild ist für Gäste und Bewohner der Umgebung nicht wirklich einladend.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

## 5) Reininghausgründe

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! ich beginne zunächst mit den Reininghausgründen, die ja heute schon Gegenstand waren. Erste Frage lasse ich gleich aus, Gespräche mit Herrn Fernando, haben Sie schon beantwortet in der Fragestunde, weiters noch: Gibt es - aus Ihrer Sicht - Hindernisse, die dem Kauf der Reininghausgründe durch das Petruswerk noch entgegenstehen und wann wird der Sonderausschuss "Reininghausgründe" mit den aktuellen Entwicklungen befasst werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also, wenn ich nachdenke, fällt mir ein Hindernis ein, das ist die steuerrechtliche Frage, die wir sehr lange diskutiert haben und wo wir intensiv bemüht waren zu sagen, welche Lösung finden wir, dass da nicht enorme Steuern anfallen. Aber wie gesagt, im Moment ist das auch gar nicht unser Thema, das wäre mir jetzt nur ad hoc eingefallen, das muss natürlich Asset One und der Käufer, sprich Petruswerk oder wer immer es ist, lösen. Der Sonderausschuss Reininghaus sollte jetzt dann einmal demnächst zusammentreten, weil es ja auch geht, dass er sich konstituieren muss, dass Vorsitzführung gewählt werden muss. Im Moment habe ich noch keine aktuelle Entwicklung, weil, wie gesagt, solange nicht verkauft oder gekauft wird, gibt es auch keine Gespräche, wir können aber bei der Konstituierung vielleicht auch das, was die Abteilungen jetzt erarbeitet haben, dann auch einmal vortragen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

"Wenn wir uns zusammensetzen, haben wir in sechs Wochen einen Stadtplan." Mit diesen Worten wird Douglas Fernando vom Petruswerk in der Kleinen Zeitung vom 10. Jänner 2011 zitiert. Nun sind zwar noch keine sechs Wochen, aber immerhin fünfeinhalb Wochen vergangen, so dass es an der Zeit scheint, einen Zwischenbericht über den Stand der Dinge zu erhalten. Zum anderen ist zu vernehmen, dass der Kauf der Reininghausgründe vom jetzigen Eigentümer Asset One durch das Petruswerk noch nicht abgeschlossen ist, im Gegenteil, es scheint zu immer weiteren Verzögerungen zu kommen. So besteht Herr Fernando nunmehr auf einer Due-Dilligence-Prüfung, also auf einer umfassenden Analyse der Stärken und Schwächen des Areals. Es drängt sich die Frage auf, ob Jubelmeldungen über den neuen Eigentümer nicht verfrüht waren.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

**Anfrage:**

Wie weit sind die Gespräche mit Herrn Douglas Fernando in Bezug auf die Entwicklung der Reininghausgründe gediehen? Gibt es - aus Ihrer Sicht - Hindernisse, die dem Kauf der Reininghausgründe durch das Petruswerk noch entgegenstehen? Wann wird der Sonderausschuss "Reininghausgründe" mit den aktuellen Entwicklungen befasst werden?

**6) Einführung von Ruhezeiten**

GR. **Eber** stellt folgende Frage:

GR. **Eber:** Es geht um die Ruhezeiten, da war ja in einer Grazer Zeitung dem „Grazer“ zu lesen, dass Sie für Ruhezeiten eintreten. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die von Ihnen angekündigten Ruhezeiten einzurichten? Wie wollen Sie Kinder als Lärmquellen ausschließen und was wollen Sie unternehmen, um den Verkehrslärm aus den Ruhezeiten zu verbannen (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl:** Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich bin selten so dankbar für eine Anfrage im Gemeinderat, wie in diesem Fall. Ich bin am Sonntag über das Titelblatt in der Stadt gestolpert, wenn ich das so sagen darf und war zutiefst betroffen, was da medial wieder, ich sage jetzt einmal, auch mir gegenüber angerichtet wurde ohne, dass ich jemals dazu befragt worden wäre und viele haben mir geraten und haben gesagt, Herr Bürgermeister, dass kannst so nicht stehen lassen, es weiß, glaube ich, jeder, dass Kinderlärm mich nicht sonderlich stört, sondern es gibt schon manchmal auch Tage, wo ich sage, es ist zuviel, aber ich kämpfe mit Ihnen gemeinsam und das haben wir schon mehrfach getan, an dagegen, dass Menschen in der Stadt Lärmschutzwände oder sonst was brauchen, wenn es um Kinder geht. Es habe mir viele geraten und haben gesagt, lass dir das nicht gefallen und nimm dir einen Medienanwalt und, und, und. Ich habe das nicht gemacht, weil das eigentlich nicht mein Weg ist, ich habe mir erlaubt den jungen Journalisten auch einzuladen und ihn zu fragen bei mir persönlich, wie er denn auf die Idee kommt, dass ich plötzlich gegen Kinderlärm sei. Er hat gesagt, er hat mit seiner Frau drüber diskutiert und gesagt, ja wenn sie für eine Ruhezone sind, dann müsste man theoretisch dann auch die Kinder aussperren und so ist er zu dieser Titelstory gekommen, aber wie gesagt, ich weise das aufs Schärfste zurück und damit hat sich, glaube ich, auch die Anfrage erledigt. Aber das sind so die Dinge, die da manches Mal passieren. Also das Einrichten von Ruhezeiten oder dieses Thema hat nichts damit zu tun, dass es in unserer Stadt weiter das Lachen und Lärmen und Spielen von Kindern geben soll (*Applaus ÖVP*).

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Geht es nach dem Bericht einer Grazer Sonntagsgratiszeitung, so sind auch Sie davon überzeugt, dass Lärm Stress erzeugt und die Gesundheit schädigt. Diese Grundeinsichten konsequent im Interesse der Grazer Bevölkerung anzuwenden und umzusetzen würde meines Erachtens bedeuten, die zahlreichen "events" in der Grazer Innenstadt zeitlich einzuschränken.

Ein zweites großes Feld der Lärmbekämpfung ist der Verkehrslärm. Auf der Homepage der Stadt Graz ist zu lesen, dass in Ballungsräumen der Verkehrslärm - noch dazu: "bekanntlich" - zu 70 - 80 Prozent für die Lärmbelästigung der Bewohner verantwortlich ist. Auch hier gäbe es also ein weites Feld der Betätigung im Kampf gegen den Lärm als krankmachende Quelle. Zu diesen Themen fand ich jedoch nichts in besagtem Zeitungsartikel. Stattdessen geht es offenbar um ein Schweigegelübde, das Kinder in Zukunft wohl ablegen müssen, im schlimmeren Fall droht ihnen die Aussperrung aus den Ruhezeiten, die insbesondere in Parks und auf Plätzen angedacht sind. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch an einen Antrag der Kollegin Potzinger im September 2010 erinnern. Ihr Antrag stellte klar, dass bei Kindergärten oder -krippen keinesfalls Lärmschutzwände errichtet werden dürfen. Graz, so war damals der einhellige Tenor, sei eine kinder- und familienfreundliche Stadt. Spielende, aber auch schreiende Kinder sind eben kein Lärm. Es war sehr erfreulich, dass der Antrag Ihrer Klubkollegin einstimmig angenommen wurde.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie folgende

**A n f r a g e :**

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die von Ihnen angekündigten Ruhezeiten einzurichten? Wie wollen Sie Kinder als Lärmquellen ausschließen und was wollen Sie unternehmen, um den Verkehrslärm aus den Ruhezeiten zu verbannen?

## 7) Rückhaltebecken in Weinitzen

GRin. **Bergmann** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Bergmann**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zum wiederholten Mal eine Anfrage bezüglich des Rückhaltebeckens in Weinitzen. Laut unseren Informationen erlangte der Wasserrechtsbescheid für das erste der beiden vorgesehenen Becken Mitte Jänner Rechtskraft. Daher drängt sich für uns diese Anfrage auf, nachdem ja bei der letzten Anfrage einiges noch offen war in diesem Zusammenhang unter anderem auch die Grundstücksablösen. Ist die Grundstücksablöse für das Rückhaltebecken Weinitzen jetzt bereits geklärt und sind die finanziellen Mittel für den Bau von Land und Bund auch sichergestellt und bis wann kann mit dem Baubeginn jetzt endgültig gerechnet werden (*Applaus KPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Grundstücksablöse für das Rückhaltebecken Weinitzen, also diese Grundstücksverhandlungen sind soweit ich jetzt weiß geklärt, die finanziellen Mittel für den Bau waren von Seiten des Landes uns immer zugesagt, ich habe deswegen auch in der vergangenen Woche einen Termin mit dem Herrn Landesrat Seitinger gehabt, weil auch ich hier in Sorge bin, dass unter Umständen durch das Sparpaket vielleicht Hochwasserschutzmaßnahmen betroffen wären. Auch hier habe ich einmal vom Herrn Landesrat die Zusage bekommen, dass er jetzt darum kämpfen wird, dass das natürlich alles auch umgesetzt wird, er kann es ja auch schwer zusagen, wenn das Budget erst jetzt mit März öffentlich diskutiert wird, aber ich bin mir sicher, dass wir das haben. Mit dem Baubeginn kann ich es Ihnen jetzt nicht genau sagen, deswegen würde ich die Frage auch gerne offen lassen, dass Sie das schriftlich bekommen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Das Hochwasser-Rückhaltebecken in Weinitzen ist ein sehr wichtiger Faktor im Hochwasserschutz rund um den Schöckelbach in Andritz.

Laut unseren Informationen erlangte der Wasserrechtsbescheid für das erste der beiden vorgesehenen Becken Mitte Jänner Rechtskraft.

Da bei unserer letzten Anfrage noch einige Verfahren geklärt werden mussten, unter anderem auch die Grundstücksablösen,

stelle ich im Namen der KPÖ-Fraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**A n f r a g e :**

Ist die Grundstücksablöse für das Rückhaltebecken Weinitzen bereits geklärt und sind die finanziellen Mittel für den Bau sichergestellt?

Bis wann kann mit dem Baubeginn gerechnet werden?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**8) Auswirkungen „Aktion scharf“ im Universitätsviertel**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Im Betreff ist eh schon alles erwähnt. Bist du bereit, mit den zuständigen Polizeidienststellen Kontakt aufzunehmen und dem Gemeinderat vorzulegen, was die Aktion scharf gebracht hat?

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Am Donnerstag, dem 9. September 2010, wurde im Grazer Universitätsviertel die "Aktion scharf" gegen Unruhestifter gestartet: Zehn Polizisten patrouillierten von Donnerstag bis Samstag jede Nacht von 0 bis 7 Uhr früh. Zusätzlich sollten in der Folge auch noch Hundestreifen zum Einsatz kommen. Ob diese Maßnahmen zu einer merklichen Verbesserung der Situation geführt haben, wurde bislang noch nicht evaluiert. Nun gilt es aber rechtzeitig, vor Beginn der schönen Jahreszeit, Maßnahmen zu ergreifen, um eine nachhaltige Verbesserung für die Anwohner zu bewirken. Daher richte ich an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

**Anfrage:**

Bist du bereit, mit den zuständigen Dienststellen der Polizei in Kontakt zu treten, um ein Ergebnis der sogenannten „Aktion scharf“ in Erfahrung zu bringen und um dieses dem Gemeinderat zu präsentieren?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**9) Lärmbekämpfung im Universitätsviertel im Stadtentwicklungskonzept und im Fläwi**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Die zweite Anfrage betrifft auch das Uni-Viertel und zwar, welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation der Anrainer wurden im neuen Stadtentwicklungskonzept und im daraus resultierenden Flächenwidmungsplan deinerseits gesetzt beziehungsweise bist du im Begriff zu setzen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Da tue ich mir ein bisschen schwer, ich habe über diese Frage jetzt während der Gemeinderatssitzung länger nachgedacht. Ich habe keinen Schlüssel gefunden, wie ich über das Stadtentwicklungskonzept die Probleme, die wir im Universitätsviertel haben, lösen können. Alles was dort de facto steht, ist flächenwidmungsplanmäßig so ausgewiesen, dass du auch über das Stadtentwicklungskonzept da nicht mehr im Nachhinein eingreifen kannst. Aber ich weiß nicht, vielleicht hast du eine konkrete Idee oder einen konkreten Vorschlag, wie man das tun könnte. Also ich glaube nicht, dass das Stadtentwicklungskonzept jetzt ein wirksames Mittel ist, um das Problem, das wir dort haben, zu lösen.

GR. Mag. **Korschelt**: Der Flächenwidmungsplan, Umwidmung.

Bgm. Mag. **Nagl**: Zurückwidmen wird ja bei bestehenden Häusern, die auch Lokale haben, nicht gehen, und in Wahrheit geht es ja um die paar Häuser, wo uns die Lokale, wenn ich so sagen darf oder die Besucher der Lokale, die Probleme verursachen und deswegen habe ich da...

GR. Mag. **Korschelt**: Oder auch neue, die Gefahr zum Beispiel, das eine war ja gar nicht, das Kodolinsi, das ist ja erst neu entstanden, da hätten wir, wenn wir eine andere Widmung gehabt hätte, wäre das ja gar nicht entstanden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Aber noch einmal, das sind Dinge, die im Stadtentwicklungskonzept, dort ist, soweit ich weiß, ist alles als Bauland dort ausgewiesen. Ich kann mir das anschauen, aber mir fällt jetzt ad hoc nicht viel mehr dazu ein. Es gibt aber andere Überlegungen, die ich gerade prüfen lasse zu diesem Thema, weil je wärmer es wird, umso mehr Studierende dann wieder auch, ich sage, im Frühjahr unterwegs sein werden, um so schlimmer wird bei wärmeren Temperaturen natürlich auch wieder der Zustand vor Ort sein. Da werden wir aber auch noch sicherlich drüber sprechen. Aber wie gesagt, im Moment fällt mir zu dem Thema nicht viel ein.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Im Rahmen einer persönlichen Besprechung mit Vertretern der Interessensgemeinschaft „Uni-Viertel“ sowie bei einer diesbezüglichen Diskussion auf der Grazer Universität hast Du mitgeteilt, dass für die aktuellen Fehlentwicklungen hauptsächlich die Politik verantwortlich sei und diese nun die Aufgabe habe, die entstandenen Probleme zu lösen. Diese Aussage hat bei den betroffenen Anrainern für Hoffnung gesorgt, die es nun nicht zu enttäuschen gilt. Mit dem neuen Stadtentwicklungskonzept und dem daraus resultierenden Flächenwidmungsplan könnten dahingehend erste Schritte gesetzt werden.

Ich richte deshalb an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation der Anrainer wurden im neuen Stadtentwicklungskonzept und im daraus resultierenden Flächenwidmungsplan deinerseits gesetzt bzw. bist du im Begriff zu setzen?

### **10) Und täglich grüßt das Murmeltier – Tag der Sicherheit für Graz**

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Korschelt**: Eh schon öfter hier gestellte, es geht um das Österreichische Bundesheer. Ich darf gleich zur Anfrage kommen. Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bist du bereit, mit den zuständigen Stellen wie Bundesheer, Rotes Kreuz, Berufsfeuerwehr, Freiwillige Feuerwehr Graz, Bundespolizei Kontakt aufzunehmen und am 26. Oktober im Gelände der Grazer Messe einen Tag der Sicherheit für Graz abzuhalten. Ich darf mich auch an dieser Stelle für deine bisherigen Bemühungen bedanken, die darauf abgezielt haben, eine Leistungsschau des Bundesheeres in Graz zu installieren.

Bgm. Mag. **Nagl**: Alle Jahre wieder, du hast Recht, ich werde es auch wieder tun in der Hoffnung, dass wir zu einer Lösung kommen. Aber dafür brauchen wir in erster Linie auch das Bundesheer und ich habe noch keine klare Antwort, aber ich werde es wieder zum Anlass nehmen, schnell nachzufragen, weil die Vorbereitungszeiten sind ja groß. Ich glaube, es ist aus finanziellen Überlegungen bislang eher nicht zur Umsetzung gekommen.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

In der Sitzung vom 18. November 2010 hat sich der Grazer Gemeinderat mit Mehrheit zur Wehrpflicht bekannt.

Inzwischen haben sich die Ereignisse überstürzt. Wehrpflicht weg, Berufswehr da, Zivildienst weg, Sozialjahr da, Kasernen weg, Feuerwehr als Katastrophenhilfe da.

Was auf der Strecke bleibt, ist die Sicherheit der österreichischen Bevölkerung.

Hier sollte und darf sich die Garnisonsstadt nicht verschließen und sollte Flagge zeigen.

Ich richte deshalb an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**A n f r a g e :**

Bist Du bereit, mit den zuständigen Stellen wie Bundeswehr, Rotes Kreuz, Berufsfeuerwehr, FF Graz, Bundespolizei Kontakt aufzunehmen und am 26. Oktober im Gelände der Grazer Messe einen Tag der Sicherheit für Graz abzuhalten.

Ich darf mich auch an dieser Stelle für Deine bisherigen Bemühungen bedanken, die darauf abgezielt haben, eine Leistungsschau des Bundeswehres in Graz zu installieren.

**11) Einhaltung der Auflagen beim Objekt Hans-Groß-Gasse 13**

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sie wissen, es gibt dort massive Probleme mit den dortigen Betreibern dieses „gestaltenden Veranstaltungszentrums“. Nicht zuletzt ist das auch medial bekannt geworden durch die sogenannte Jodelaffäre, die rasenmähende Jodelaffäre vor einigen Monaten. Das

Problem dort hat sich nicht beruhigt, das Problem ist, dass das ein Gebäude ist, ein Einfamilienhaus, das fälschlicherweise, sage ich auch, von der Bau- und Anlagenbehörde für Veranstaltungen bewilligt wurde mit einer Höchstanzahl von 100 Personen bei Veranstaltungen, in dem Fall ist das das Freitagsgebet und es kommen regelmäßig 200, ergo es werden die Fenster aufgemacht, ergo es kommt zu einer Lärmbelästigung, ergo es kommt zu Anzeigen, mittlerweile zeigen zurecht die Bewohner das Zentrum an, das Zentrum die Bewohner und es ist eigentlich eine sehr missliche Situation, die schlussendlich auch dazu führt, dass aus meiner Sicht auch zurecht die Bewohnerinnen und Bewohner der Hans-Groß-Gasse sich übergangen fühlen, weil meistens den Anzeigen keine Konsequenzen folgen und am nächsten Freitag das gleiche stattfindet. Daher bringe ich folgende Anfrage ein: Wie oft ist bereits Anzeige betreffend des Objektes Hans-Groß-Gasse 13 eingelangt? Wann wurden besagte Anzeigen genau eingebracht? Wer wurde mit der Überprüfung der Sachlage jeweils beauftragt? Welche konkreten Maßnahmen haben sich aus der oben genannten Überprüfung ergeben? Welche Konsequenzen wurden eingeleitet beziehungsweise welche Verfahren wurden in diesem Zusammenhang eröffnet? Welchen Ausgang hatten diese Verfahren? Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Im Rahmen jener Bereiche, wo wir zuständig sind, werden wir Antworten geben und wird schriftlich erledigt werden.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Wie in der Ausgabe der Kronen Zeitung vom 12. Februar 2011 eindeutig dokumentiert, haben sich am 11. Februar 2011 mehr als 200 Personen im Objekt Hans-Groß-Gasse 13 zu einer Veranstaltung eingefunden. Wie bereits mehrmals in entsprechenden Anzeigen angeführt, dürfen sich laut Auflagen der Behörden der Stadt Graz maximal 100 Personen in diesem Haus für solche „Veranstaltungen“

aufhalten. Am 14. Februar hat daher Herr Abg.z.NR Gerald Grosz bereits eine Anzeige bei der Stadt Graz eingebracht. Der Einschreiter regt darin eine umgehende Überprüfung des Sachverhaltes und die Einleitung eines Verfahrens gegen die „Muslimische Gemeinde Steiermark – Kulturkreis der Muslime“ wegen des Verstoßes der feuerpolizeilichen Auflagen, des Veranstaltungsgesetz und der Benützungsbewilligung obig genannten Objektes an.

Bereits mehrmals wurde die Stadt Graz auf Verstöße in diesem Objekt aufmerksam gemacht.

Zuletzt in einem offenen Brief des Herrn Helmut Gremsl vom 19.1.2011:

Offener Brief an den

Graz, 19.1.2011

Bürgermeister der Stadt Graz, Hr. Mag. Nagl

und die

Stadträtin Fr. Mag. Grabner.

8010 Graz

Sg. Hr. Bürgermeister, Sg. Fr. Stadträtin! Bitte erklären sie mir, warum seit Jahren- und vermutlich auch in Zukunft- die Auflagen der Feuerpolizei und des Bauamtes ignoriert werden können, ohne dass anscheinend nicht im Entferntesten daran gedacht ist, Konsequenzen zu ziehen?

Dies ist möglich im Haus Hans-Groß-Gasse 13, im Bezirk Puntigam. Dort gibt es die Auflage der Feuerpolizei, dass maximal 100 Personen in das kleine Einfamilienhaus dürfen. Tatsächlich befinden sich regelmäßig zwischen 170 und über 200 Personen (darunter auch oft zahlreiche Kinder) bei Veranstaltungen in dem Haus. Speziell an warmen Tagen im Sommer müssen dann verständlicherweise bei den Veranstaltungen die Fenster geöffnet werden, obwohl das bei der Bauverhandlung ausgeschlossen wurde. Dass aber dann Nachbarn zur Verantwortung gezogen werden, obwohl sie nichts entgegen der vom Gemeinderat beschlossenen

Immissionsschutz- Verordnung getan haben, ist wohl nur als schlechter Scherz zu werten.

Trotz zahlreicher Anzeigen beim Veranstaltungsreferat des Bauamtes gibt es anscheinend keine Konsequenzen. Kann es vielleicht daran liegen, dass besagter Personenkreis der Muslimanischen Seite zuzurechnen ist? Gibt es für diesen Personenkreis schon eigene muslimische Gesetze oder dürfen nur nicht die Empfindungen dieser Personen gestört werden?

Von Ihnen Hr. Bürgermeister als politisch Verantwortlicher des Bauamtes und von Ihnen Fr. Stadträtin als politische Verantwortliche der Feuerpolizei erwarte ich mir Antworten auf diese Fragen.

Helmut Gremsl, leider Anrainer der Muslimischen Gemeinschaft Steiermark-Kulturkreis der Muslimanen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl folgende

### **Anfrage:**

1. Wie oft ist bereits Anzeige betreffend des Objektes Hans-Groß-Gasse 13 eingelangt?
2. Wann wurden besagte Anzeigen genau eingebracht?
3. Wer wurde mit der Überprüfung der Sachlage jeweils beauftragt?
4. Welche konkreten Maßnahmen haben sich aus der oben genannten Überprüfung ergeben?
5. Welche Konsequenzen wurden eingeleitet bzw. welche Verfahren wurden in diesem Zusammenhang eröffnet?
6. Welchen Ausgang hatten diese Verfahren?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**12) „Körpergeld“ bei der Entsendung von Aufsichtsräten und Beiräten durch die Stadt Graz**

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Betreffend das Körpergeld bei der Entsendung von Aufsichtsräten und Beiräten durch die Stadt Graz. Ich glaube, es trifft auch Ihr Einverständnis, Herr Bürgermeister, wenn ich jetzt die einzelnen Anfragen, acht Stück, nicht verlese sondern sie somit als eingebracht gelten. Findet das Ihre Zustimmung?

Bgm. Mag. **Nagl**: Es findet durchaus meine Zustimmung, wenngleich ich den Begriff Körpergeld beachtlich finde bei Funktionären, die auch mehrere öffentliche Gelder beziehen. Aber sei es drum, es ist eine ganz wichtige Antwort, die ich jetzt gleich geben möchte. Es gibt in der Fachwelt mittlerweile internationale Vergleiche inwieweit wir, auch in Österreich, das Thema Aufsichtsrat, dessen Verantwortung, dessen Ausbildung und dessen Entschädigungen im Vergleich zu seiner Verantwortung, die er hat, diskutiert haben und wir haben eine Studie, die eigentlich aussagt, dass in Österreich die Aufsichtsratsentschädigungen extrem niedrig sind. In der Landeshauptstadt Graz, und das kann ich im Vorfeld schon sagen, sind sie besonders niedrig. Politische Mandatäre, die in solche Funktionen entsendet werden, verzichten jedes Mal drauf, das heißt, es gibt keinen politischen Mandatar, der für diese Aufsichtsratsstätigkeit, ich sage auch dazu, in seiner Freizeit etwas bezahlt bekommt und jene Personengruppe, die wir als Expertinnen und Experten entsenden,

bekommen ein Entgelt, das aus meiner Sicht in Wahrheit erhöht werden müsste, aber der genaue Bericht darüber wird dich sicherlich auch überzeugen. Im Übrigen bekommen, das soll ich noch hinzufügen auch die Beamtinnen und Beamten der Stadt Graz bekommen für diese Tätigkeiten nichts, machen sehr wohl aber für uns auch diese Kontrollfunktion und übernehmen damit auch ein persönliches Risiko in der Haftung.

GR. **Grosz:** Danke, ich gehe davon aus, dass die Frage 1) bis 8) trotz ihrer Vorwegnahme beantwortet wird.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Obwohl sich Graz zu einem Abbau der Verwaltungskosten bekennt, neigt die Stadtregierung dazu, auf großem Fuß zu leben, was Repräsentationskosten und Werbeausgaben betrifft. Auch brave Günstlinge kommen nicht zu kurz. Es liegt der Verdacht nahe, dass die Parteigänger der Stadtregierung durch die Entsendung in Aufsichtsräte, Beiräte etc. und eine damit verbundene finanzielle Vergütung mit einem „Körpergeld“ bedacht wurden.

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Gemeinderäte daher an den Bürgermeister der Stadt Graz Mag. Siegfried Nagl folgende

**A n f r a g e :**

- 1.) In welchen Aufsichtsräten, Aufsichtsgremien, Kontrollgremien, Beiräten, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Fachgremien und ähnlichen Einrichtungen ist die Stadt Graz mit welchen Personen zum Stichtag des Einlangens dieser Anfrage vertreten?

- 2.) Wann bzw. für welchen Zeitraum wurden diese unter Frage 1 genannten Personen jeweils beauftragt?
- 3.) Erhalten die unter Frage 1 genannten Personen für ihre Tätigkeit finanzielle Einkünfte, Entschädigungen, Gehälter, Spesen, Diäten, Funktionsgebühren etc.? a) Wenn ja, in welcher Höhe? b) Wenn ja, von wem erhalten die genannten Personen diese Zuwendungen?
- 4.) Welche Personen wurden von der Stadt Graz im Jahr 2009 bzw. 2010 in welche Aufsichtsräte, Aufsichtsgremien, Kontrollgremien, Beiräte, Kommissionen, Arbeitsgruppen, Fachgremien etc. entsandt?
- 5.) Welche Abberufungen bzw. Neubestellungen wurden bei jenen unter der Frage 4 genannten Personen durchgeführt?
- 6.) Welche Beiräte, Kommissionen, Fachgremien etc. sind innerhalb der Stadt Graz eingerichtet?
- 7.) Gibt es MitarbeiterInnen der Stadt Graz, die gleichzeitig in Beiräte, Kommissionen, Fachgremien etc. entsandt wurden? a) Wenn ja, für welche MitarbeiterInnen gilt das zum Stichtag des Einlangens dieser Anfrage? b) Welche finanziellen Entschädigungen, Gebühren, Zuwendungen etc. erhalten diese MitarbeiterInnen für diese Aufgaben?
- 8.) Welche Neubestellungen planen sie für die unter Frage 1 genannten Funktionen im Jahr 2011?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**13) Sponsoreinnahmen aus der Namensgebung UPC-Arena und Anfrage zum Projektstart Eisstadion statt Eisruine**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bin beim Thema der UPC-Arena und den immer wieder notwendigen erforderlichen Strukturmaßnahmen auf eine Presseaussendung gestolpert sozusagen im Internet und zwar hat es am 18.2.2006 eine Pressekonferenz im VIP-Klub des Liebenauer Stadions gegeben, in dieser Pressekonferenz teilte der Herr Dipl.-Ing. Hinze als Vorsitzender der Geschäftsführung der Firma UPC mit, dass ein Sponsorvertrag geschlossen worden ist über mindestens zehn Jahre und der Stadt Graz jährliche Einnahmen von 175.000 Euro zufließen würden. Der damalige amtierende Finanzstadtrat Mag. Dr. Wolfgang Riedler sicherte in dieser Presseaussendung zu, dass das Geld aus diesem Sponsoring ausschließlich zweckgebunden für Strukturmaßnahmen im Stadion verwendet werden wird. Meine Frage lautet daher, um der Sache auf den Grund zu gehen: Für welche Maßnahmen, in welcher Höhe und in welchem Jahr wurden die bisher eingegangen jährlichen Sponsoreinnahmen der Firma UPC für die Namensgebung „UPC-Arena“ widmungsgemäß verwendet und wann wird mit der notwendigen umfassenden Sanierung des Liebenauer Eisstadions begonnen werden, die ja auch notwendig ist.

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Am 18.2.2006 wurde die Umbenennung des seinerzeitigen „Schwarzenegger Stadions“ in „UPC-Arena“ in einer Pressekonferenz von VIP-Klub des Liebenauer Stadions verlautbart.

In dieser Pressekonferenz teilte Herr Dipl.-Ing. Thomas Hinze als Vorsitzender der Geschäftsführung der Fa. UPC mit, dass der geschlossene Sponsorvertrag über mindestens 10 Jahre laufen und der Stadt Graz jährliche Einnahmen von 175.000 Euro bringen wird.

Der damalige amtierende Finanzstadtrat der Stadt Graz, Mag. Dr. Wolfgang Riedler, sicherte zu, dass das Geld aus diesem Sponsoring ausschließlich zweckgebunden für Strukturmaßnahmen im Stadion verwendet werden wird.

Meine Frage an Sie lautet:

Für welche Maßnahmen, in welcher Höhe und in welchem Jahr wurden die bisher eingegangenen jährlichen Sponsormaßnahmen der Fa. UPC für die Namensgebung „UPC-Arena“ widmungsgemäß verwendet und wann wird mit der notwendigen umfassenden Sanierung des Liebenauer Eisstadions begonnen werden?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

***Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 18.35 Uhr den Vorsitz.***